



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1923

527 (15.11.1923) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-209474](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-209474)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Bezugspreise: In Mannheim u. Umgebung v. 15. 21. No. 300 Millionen Mark. Die monatlichen Bezüge verpflichten sich bei der Bestellung des Abonnements die während der Bezugszeit notwendigen Preisveränderungen zu bezahlen. Postfachnummer 17500 Karlsruhe. - Hauptvertriebsstelle Mannheim L. 6. 1. - Geschäftsstellen: Karlsruhe, Weiskirchen, 6. Fernspr. Nr. 7041, 7042, 7043, 7045. Fernspr. Nr. Generalanzeiger Mannheim. Erscheint wöchentlich 52 Nummern.

Anzeigenpreise nach Tarif, bei Vorauszahlung pro ein- spaltiger Zeile für 10 Tage 1,00 Mark, für 20 Tage 1,80 Mark, für 30 Tage 2,50 Mark, für 40 Tage 3,20 Mark, für 50 Tage 3,80 Mark, für 60 Tage 4,50 Mark, für 70 Tage 5,20 Mark, für 80 Tage 5,80 Mark, für 90 Tage 6,50 Mark, für 100 Tage 7,20 Mark, für 120 Tage 8,00 Mark, für 150 Tage 9,00 Mark, für 180 Tage 10,00 Mark, für 200 Tage 11,00 Mark, für 250 Tage 12,50 Mark, für 300 Tage 14,00 Mark, für 350 Tage 15,50 Mark, für 400 Tage 17,00 Mark, für 450 Tage 18,50 Mark, für 500 Tage 20,00 Mark, für 600 Tage 22,00 Mark, für 700 Tage 24,00 Mark, für 800 Tage 26,00 Mark, für 900 Tage 28,00 Mark, für 1000 Tage 30,00 Mark. Die Anzeigen sind ohne Gewähr zu belegen. Anzeigen für den Auslandverkehr sind nach besonderen Tarifen zu belegen. Anzeigen für den Auslandverkehr sind nach besonderen Tarifen zu belegen. Anzeigen für den Auslandverkehr sind nach besonderen Tarifen zu belegen.

Beilagen: Der Sport vom Sonntag - Modezeitung - Aus Zeit und Leben mit Mannheimer Frauen-Zeitung und Mannheimer Musik-Zeitung

Die Münchener Regierung an die Pfalz

Das bayrische Staatsministerium erläßt nachfolgenden Aufruf an die Pfälzer Bevölkerung:

Pfälzer Landsleute! Raum ist das Unternehmen Hoffmanns und Genossen an der Treue der Pfälzer und der ruhmreichen Haltung ihrer Führer möglich gescheitert, so bricht eine neue Heimsuchung über die Pfalz herein. Separatistenbanden, die sich aus gesinnungslosen Gesindel zusammenschließen, offensichtlich herbeigeführt und gefördert von der französischen Besatzungsbehörde, haben das Land überfallen und haufen in deutschen Gauen wie im Feindesland plündernd und erdrückend, die Bevölkerung beraubend und schreden nicht einmal davor zurück - nach französischem Muster - Volksgenossen, pflichttreue Beamte und vaterländisch gesinnte Bürger aus ihrer Heimat zu vertreiben. An die Stelle der von ihnen mit hochtrabenden Worten verheißenen Besserung der Lage tritt - wie nicht anders möglich - Erhöhung der wirtschaftlichen Not und Verstärkung der politischen Bedrängnis. Mit diesem Hergekommen verfolgen wir hier rechts des Rheins diese Zustände im Tiefsten empfinden wir die schreckliche Lage. Aber wir stehen nicht untätig da. Durch unablässige Verhandlungen mit dem Reich suchen wir eine Erhöhung der Gehälter für die Beamten und Angestellten der Gewährung von Krediten für Wiederaufnahme der Betriebe und Beschäftigung der Arbeiter zu erlangen und haben unter Zuhilfenahme von Bundesmitteln schon wesentlches erreicht. Die Zufuhr von Lebensmitteln wird auf das Notwendigste beschränkt und es soll nicht nachgelassen in der Arbeit für unsere Pfalz, an der wir immerdar festhalten wollen. Wenn nicht alles so ausgiebig ging und geht, wie wir es dringend wünschen würden, so liegt das an den Hemmnissen der durch die Besetzung geschaffenen Zustände.

Pfälzer Landsleute! Wir sind selbst in Not und Sorge. Aber darüber vergessen wir Euch nicht! Wir bitten und mahnen Euch, haltet aus! Wenn wir zusammen ertragen, was uns das harte Schicksal befallen hat, werden wir doch hoffentlich wieder bessere Zeiten erleben und die Früchte Eurer Standhaftigkeit und unzerer Treue ernten.

München, 15. Nov. Staatsministerium v. Kallring

Die Ausgabe der Rentenmark

Vorläufig kein fester Kurs

Berlin, 15. Nov. (Von unj. Berliner Büro.) Ueber die Einführung der Rentenmark, die mit dem heutigen Tag (15. Nov.) beginnt, erfahren wir von unrichtiger Seite, daß von der vorgelegenen Gesamtsumme von 300 Millionen Rentenmark bis heute 200 Millionen fertiggestellt sind. Die ersten Beträge in Rentenmark werden dadurch in Verkehr gebracht, daß heute und morgen bei den Auszahlungen an die Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reichs etwa 30 Proz. der fälligen Bezahlung in Rentenmark bezahlt werden. Die Rentenmark ist zu einem bestimmten Kurs angenommen. Wird dieser Kurs durch den heutigen amtlichen Dollarkurs übertraffen, so soll der überschüssige Betrag verrechnet werden. Der Kurs der Rentenmark wird gleichzeitig mit dem amtlichen Dollarkurs herauskommen, so daß also von einem festen Rentenmarkkurs einstweilen nicht die Rede sein kann.

Die Düsseldorf-Verhandlungen

Kein Abbruch, aber ein Ultimatum

Die alliierte Ingenieur-Mission im Ruhrgebiet hat, wie der Welt Pariser aus Düsseldorf meldet, gestern nachmittag folgenden Bericht abgegeben:

Die Vertreter des Bergbauischen Vereins sind von der Ingenieurmission empfangen worden, um über die noch ausstehenden drei Artikel des Abkommens zu verhandeln, während über die übrigen Artikel, die zum technischen Art sind, bereits seit 4 Monaten eine Verständigung besteht. Am Anschlag an diese Konferenz haben die deutschen Delegierten, nachdem von ihnen verlangt worden war, bis 8.30 Uhr eine eingehende Antwort zu erteilen, schriftlich erwidert, daß sie die Erfüllung eines der drei Artikel annehmen, sich aber gezwungen fühlen, über den zweiten Artikel ihre Zustimmung zu unterziehen und ihrer Regierung Bericht zu erstatten. Von dem dritten Artikel ist in der Antwort überhaupt nicht die Rede gewesen. Unter diesen Umständen und weil die Verhandlungen bereits seit geraumer Zeit andauern und die kritischen Artikel der deutschen Delegationen auf den Standpunkt gestellt, daß es keinen Zweck habe, die Verhandlungen über ein Abkommen fortzusetzen, dessen Wortlaut sie als feststehend betrachten. Sie hätten beschlossen, die Verhandlung als beendet anzusehen.

Gestern Abend, so fügt der Berichtsteller des „Welt Pariser“ hinzu, verlaute aber in Kreisen der Ingenieurmission, daß es sich nicht um einen Bruch im eigentlichen Sinne des Wortes handle, vielmehr um ein Ultimatum der alliierten Behörden, die es fast bieten, daß Fragen, in denen die Verständigung leicht zu erzielen war, immer wieder aufs neue zur Debatte gestellt würden.

Die „letzte Verständigungsmöglichkeit“ besteht offensichtlich in der Phantasie der Franzosen, die offensichtlich übersehen, daß eine deutsche Unterschrift unter unmögliche und unerfüllbare Forderungen nicht gegeben werden kann, wenn nicht auch die Gegenseite bereit ist, für alle Folgen aufzukommen.

Die Anhörung der deutschen Vertreter

Wie wir erfahren, ist in Berlin eine Note der Reparationskommission eingegangen, in der mitgeteilt wird, daß die Reparationskommission eine Entscheidung dahin getroffen habe, Vertreter der deutschen Regierung entsprechend ihrem Antrag für die Prüfung der Leistungsfähigkeit Deutschlands zu hören. Der Termin für die Anhörung soll mit der deutschen Kriegskostenkommission und dem Generalsekretariat der Reparationskommission festgelegt werden.

Die französischen Sanktionsdrohungen

Poincare hatte gestern nachmittag Besprechungen mit dem Kriegsminister und dem Finanzminister. Der Finanzminister war begleitet von dem Finanzfachverständigen und Direktor des Credit Foncier, Schwelbath. Der „Temps“ glaubt zu wissen, daß verschiedene finanzielle Maßnahmen bezüglich des Ruhrunternehmens ins Auge gefaßt wurden, darunter namentlich der Plan einer rheinischen Währung.

Die Hege gegen Deutschland

wird unermindert fortgesetzt. Der „Welt Pariser“ schreibt, auf französischer Seite sei man für jede Eventualität gerüstet. Aber man müßte nicht verzeihen, daß die Wiederaufnahme der militärischen Kontrolle durch einen gemeinsamen Akt der Alliierten eingeleitet wurde. Man könne verlickert sein, daß auf alle Fälle das für und Wider einer Währungsreform gegen Deutschland von den Alliierten mit Frankreich erwogen werde.

Auch die „Journale Industrielle“ schlägt einen scharfen Ton an. Das Blatt behauptet sogar, Poincare habe gestern dem französischen Vorkomitee in Berlin besonders energische Anweisungen übermittelt. Deutschland müsse wissen, daß um die Sicherheit Frankreichs zu garantieren, dieses von keiner Vorsichtsmaßnahme zurückzusehen werde, selbst wenn die Zustimmung seiner Alliierten auf sich warten lasse.

Das „Echo de Paris“ sagt: Aus Nachrichten, die man aus London erhalten hat, geht hervor, daß die Downing Street wegen der Rückkehr des Kronprinzen nichts unternehmen will. Das Blatt vertritt den Standpunkt, daß man den Artikel 228 des Friedensvertrages nicht einfach fallen lassen könne. Entweder genüge die Ruhrpolitik, um den Alliierten nützliche Vorteile zu bringen, oder diese Politik bringe nicht das, was man erhoffte. Man sei nicht nach Düsseldorf und nach Essen gegangen, um einen Unterschied zwischen dem deutschen Volk und der deutschen Regierung zu machen. Man müsse verhindern, was man begonnen habe. Benutzen wir also, wenn es kein muß, die Gelegenheit, um unsere Politik zum 11. Januar fest zu verankern und auszuweiten. Unter diesen Voraussetzungen könnten gewisse Sanktionen fragwürdig sein. Aber schwächen wir nicht unsere Kräfte.

Der „Matin“ ist noch unerschrockener als das „Echo de Paris“ und fordert zur Tat auf. Das Blatt schreibt: Wenn man die Situation im ganzen betrachte, müsse man sie als äußerst gefährlich erkennen. Deutschland habe die Absicht, den Vertrag von Versailles zu vernichten.

Widerstreben Italiens und Belgiens

Die „Chicago Tribune“ will wissen, daß auch Mussolini geneigt sei, an irgend einer Drohung gegen Deutschland nicht teilzunehmen. Italien könne nicht irgend einer militärischen oder maritimen Maßnahme gegen Deutschland zustimmen oder davon teilnehmen. Belgien, das früher bereit gewesen war, derartige Maßnahmen zu unterstützen, habe, seitdem England sich in dieser Angelegenheit absetzt, heute und seit Amerika seine Zurückhaltung formuliert, seine Haltung geändert. Das Blatt will wissen, daß das Brüsseler Kabinett beschlossene hat, keine weiteren Truppen in Beland auszuweisen zur Verhängung zu stellen.

Keine Rückkehr des Kaisers

Berlin, 15. Nov. (Von unj. Berliner Büro.) In der belgischen und französischen Presse wollen die Gerüchte nicht verstummen über angebliche Verhandlungen zwischen Haus Doorn und der Reichsregierung, die auch die Rückkehr des Kaisers vorbereiten sollen. Abgesehen davon, daß diese Gerüchte, die nur in tendenziöser Absicht verbreitet werden, von vorn herein den Stempel der Unwahrheit tragen, ist es nicht ohne Interesse, daß auch der Kaiser selbst sich in dieser Frage zu keinen Vertrauen in durchaus ablehnendem Sinne geäußert hat. So erklärte er einer ihm nahestehenden Person aus dem früheren Potsdamer Hofkreise: „Ich kann aus Gründen der monarchischen Ehre nicht nach Deutschland kommen, denn ich kann als Privatmann nicht in ein Land zurückkehren, das ich selbst 30 Jahre lang in guten und schlechten Zeiten regiert habe.“

Dem „Remport herold“ wird von seinem Korrespondenten aus Rotterdam gemeldet, daß die Nachricht, der ehemalige deutsche Kaiser habe Hoffe zu seiner Rückkehr nach Deutschland erhalten, vollkommen aus der Luft gegriffen sei. Auch die Meldung von geheimnisvollen Besuchen holländischer offizieller Persönlichkeiten seien reine Phantasie.

Das alte Lied

Der Abgeordnete Bonnet hat in der französischen Kammer eine Interpellation über die Ausführung des Artikels 228 des Friedensvertrages über die Kriegsschuldigen eingebracht. Die Interpellation verweist besonders auf den ehemaligen Kaiser, den Kronprinzen und auf Ludendorff. Die Interpellation wird, wie die anderen bereits eingebrachten Interpellationen am Freitag zur Sprache kommen.

Der Berliner Buchdruckerstreik

Berlin, 15. Nov. (Von unj. Berliner Büro.) Im Berliner Buchdruckerstreik sollte, wie bereits gemeldet, heute morgen die Entschidung fallen. Auf Einbuna des Reichsarbeitsministers werden beide Parteien über die Höhe für die kommende Woche verhandeln. Man ist in Gewerkschaftskreisen der Ansicht, daß man zu einer Verständigung kommen wird. Inzwischen sind auf Veranlassung des Werkreistandes einzelne der Führer der arabischen Arbeiterkassen verhaftet worden, so der erste Vorsitzende des Vereins Berliner Buchdrucker und der Vorsitzende der arabischen Hilfsarbeiter. Weitere Haftbefehle können. Außerdem ist der zweite Vorsitzende des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter verhaftet worden, der an einer Besprechung der Führer der Streikenden im Berliner Gewerkschaftshaus teilnahm und gegen den der Verdacht besteht, daß er wegen einer Interaktion der Streikenden durch die Staats- und Kommunalarbeiter verhandelt wollte. Daneben wird die Gewerkschaftskassen verhaftet, daß gerade die Vorsitzenden des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter den linksradikalen Elementen in den südlichen Bezirken, die zum Samarbeitstreik aufgerufen, nachdrücklich entgegenzutreten sind. Die Berliner Gewerkschaftskommission und der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund haben sich heute vormittag bereits bei General v. Seekt gemeldet, um darauf hinzuwirken, daß die Verhaftungen in weiten Arbeiterkreisen beträchtliche Erregung hervorrufen könnten. In dieser Angelegenheit soll im Laufe des heutigen Tages noch eine gemeinsame Besprechung aller Epithenorganisationen stattfinden.

Der Herzog von Cumberland 4. Der Herzog von Cumberland, der Sohn des letzten Königs von Hannover, Vater des Herzogs Ernst August von Braunschweig und Schwiegervater des Prinzen Max von Baden, ist in Gmunden im 78. Lebensjahr gestorben.

Bispprediger Wilson

Man wird nicht nur in Europa, sondern auch vor allem in den Vereinigten Staaten selbst nicht wenig erstaunt gewesen sein, als Woodrow Wilson, weiland Präsident und „Erfinder“ der vierzehn Punkte, nach jahrelangem politischen Beragenben plötzlich mit einem Aufbruch an das amerikanische Volk an die Öffentlichkeit trat, in dem er es zur Rückkehr zu den „alten Idealen“ Amerikas aufforderte. Das erscheint denn doch einermachen erstaunlich, denn gerade Herr Wilson hat sein redlich Teil dazu beigetragen, daß alle Welt den Glauben an den wirklichen oder vermeintlichen „amerikanischen Idealismus“ verloren hat. Man kommt um die Frage nicht herum, warum ausgerechnet gerade jetzt Wilson aus seinem politischen Schweigebrot erwacht und er nach drei Jahren fast trappeltisch zu nennender Schwelgarnerei sich plötzlich dazu entschließt, die Schalen des Korbes über die amerikanischen Politiker auszuwerfen. Bemerkenswert ist auch, daß derselbe Wilson, der während des Krieges diplomatisch fein gedrehte Reden, wie die amerikanischen Presse rühmte, auf der Schreibmaschine selbst verfasste, sich nunmehr in Ausdrücken eracht, die selbst für das robuste Amerikanertum ziemlich hart sind. Wilson bezeichnet die Stellung Amerikas nach dem Krieg als „schändlich, feige und entehrend“ und die Folge dieser Politik als „unmoralisch“. Die epistolische Hölzerung habe nach außen den Eindruck erweckt, als ob sich Amerika der „moralischen Verpflichtungen der Prinzipien der Freiheit und der Ehre“ entziehen wolle. Also laßt Herr Wilson!

Aus jedem anderen Munde würde diese Bisppredigt glaubhafter erscheinen, als gerade aus dem Wilsons, obgleich man zugeben muß, daß in seinen Worten ein Kern von Wahrheit liegt. Gewiß trifft die amerikanische Politik die Schuld, daß sie infolge der fast trankhaft zu nennenden harten Betonung des „not european trouble“ in der Hauptsache dazu beigetragen hat, daß die vornehmlich von englischer und schwedischer Seite ausübenden Veruche, die Wirtschaft Europas herbeizuführen, von vornherein um Schättern beurteilt waren. Verächtlich über Wilson, daß seine zweite Präsidentschaft noch weit in die Nachkriegszeit hineinragte und daß das, was er jetzt Harding und Coolidge vormacht, mit viel größerem Flug und Recht auf ihn zurückzuführen? Gewißlich hat Amerika weder die Stimme noch eine Hand erhoben, um das schwere Unrecht und die Gewalt, die Deutschland von den überlägen Ententeemächten angetan wurde, zu verhindern, geschweige denn es wieder gut zu machen. Aber gerade Wilson müssen wir fragen: Wo war denn sein Gewissen, das sich mit einem Wort so weit belästigt erweilt, daß es vor Entrüstung bersten zu müssen glaubt, als uns Oberitalien geraubt, das Weimeland entzogen wurde? Warum schweigt er, als das Ruhrverbrechen beanagt wurde, warum fand er kein Wort für die Schmach und Schande, die fortgesetzt und ungeführt den Deutschen im belehnten Gebiet angetan wurde? War dieses kein Verhalten nicht auch schändlich, feige und entehrend? Wie kommt Herr Wilson dazu erst jetzt an der Feststellung, daß Frankreich und Belgien den Versailles Vertrag als einen „Rechtens Pakt“ behandeln?

Vergeßliches Benehmen, der Welt Sand in die Augen zu streuen! Wilson ist das Schlimmste widerfahren, das überhaupt einem Politiker und Staatsmann geschehen kann: Die Welt hat den Glauben an ihn verloren. Gewiß gab es einmal eine Zeit, wo nicht nur viele vertrauensvolle Deutsche, sondern auch Friedensfreunde in anderen Ländern ebensol auf ihn vertrauten. Aber nun offiz bald mußten die Wilsongläubiger erleben, daß die aus amerikanischem Geschäftssinn und einer unvollständigen „Sentimentalität“ zusammengeschnittenen spezifisch Wilsonschen politischen Einzelumtrieben kaum dazu ausreichten, die (Gedanken-)Gänge des eigenen amerikanischen Volkes auszufüllen. Für europäische Ausmaße nahen sie in keiner Weise und waren vor allem nicht instand, das diplomatische Vorleben von Versailles zu beenden, um dem denn ja auch Herr Wilson prompt und mit Schärfe zu Fall kam. Gewiß darf man ihm zugeben, daß der Frieden, der am Ende seiner Mission das Licht der diplomatischen Welt erhellte, etwas ganz anderes wurde, als wie er ihn sich gedacht hat. Auch sein ureigenes geistiges Kind, der Völkerverbund, ist ein arabischer Weichhals geblieben. Dadurch wird er aber nicht von der Welt als ein entscheidendes Gestaltungs- und Weiterentwicklung der Dinge freigeprochen und darum müssen wir ihm das Recht aberkennen, jetzt jene zu schmähen, die doch erst durch seine Hilfe dazu gebracht wurden, das zu tun, worüber er sich leut so ereizert.

Kun heißt es zwar, daß Wilson mit seinem plötzlichen Vorstoß einen doppelten Zweck verfolgte. Zunächst will er die öffentliche Meinung Amerikas darauf vorbereiten, sich mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß das Eingreifen der Vereinigten Staaten in die europäische Not die Rettung der Welt bedeute, also deshalb unerlässlich sei. Diese politische Zwangsnöwendigkeit ist aber bereits von vielen andern von Wilson richtig erkannt und betont worden. Ein Wilsonistisches ist dabei die Behauptung, daß dies geschehen müsse, um die Vergangenheit wiederzugutmachen. Als ob nicht, wenn überhaupt jemand, gerade Wilson Reparationen im größten Ausmaß zu leisten hätte! Nebenläufig ist es schon, wenn Wilson auf diese Weise Propaganda für die bereits seit einigen Wochen von Hoover vorbereitete europäische Hilfsaktion für Deutschland machen will.

Bedarf dieses großzügige Hilfswert dem wirklich der Unterstützung gerade eines Wilson? Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird Präsident Coolidge beim Zusammentreten des Kongresses Anfang Dezember in seiner Jahresbotschaft die Bewilligung einer größeren Summe für eine umfassende Hilfeleistung in Deutschland beantragen. Gleichzeitig hat eine von der Regierung geförderte private Wohltätigkeitsbewegung eingesetzt, in deren Mittelpunkt sich General Allen, der Befehlshaber der amerikanischen Besatzungstruppen in Coblenz, bis zu deren Abzug, gestellt hat. Ihm zur Seite steht der Präsident der New Yorker Handelskammer Irving T. Bush, der vor etwa einem halben Jahr auf der Rückreise von der Tagung der internationalen Handelskammer in Rom einige Tage in Berlin weilte und dort mit maßgebenden Kreisen häufiger in Verbindung trat. Auf diese Weise wird nun auch die Bewegung zur Überwindung der deutschen Not viel wirksamer als bisher in anglo-amerikanische Kreise getragen werden, die sich im großen Ganzen ferngehalten haben. Wir dürfen nie vergessen, wasch gemaltes Maß von Dankbarkeit wir den Deutschamerikanern schulden, die bis heute fast ausschließlich die ganze Welt für alles, was uns an Wohlhaben erwiesen worden ist, auf ihren Schultern getragen haben. Wenn man in den letzten Jahren von der amerikanischen Hilfe sprach, so dachte man an die Quäler, die sich in dankenswerter Weise in den Dienst der guten Sache gestellt haben und es auch in Zukunft tun werden. Man schloß von ihnen auf die Amerikaner überhaupt und das war ein Irrtum. Bis heute konnte und durfte man nur, von geringen Ausnahmen abgesehen, von einer deutschamerikanischen Hilfe sprechen. Erst von nun an wird man mit Recht von einer amerikanischen Hilfe sprechen dürfen - hoffentlich nicht nur im Sinne von großzügigen Spenden, sondern auch in politischem und wirtschaftlichem Sinn.

Ingeachtet dieser neuen Lage besteht die Gefahr, daß das erhabene Ziel durch Willens plumpen Finger verwirrt und geschädigt wird. Deshalb lehnen wir jede moralische Unterstützung durch Wilson ab.

Die Bekämpfung der wirtschaftlichen Not

Der Inhaber der vollziehenden Gewalt, General der Infanterie v. Seedi, erläßt folgende Bekanntmachung:

Die Arbeitslosigkeit und die Verelendung vieler Volksteile nimmt in immer erschreckenderem Maße zu. Der Winter mit allen seinen Rößen steht vor der Tür. Aus den Kreislagen der Militärbehörden sah ich mit Genugtuung, daß die Bekämpfung dieser Not mit Nachdruck und Erfolg aufgenommen wurde.

Ich erlaube die Militärbehörden, hierbei von folgendem Grundsatz ausgehen zu wollen: Für Luxus, Schlemmerei und kostspielige Luftballfahrten ist in Deutschland von heute kein Raum. Alle Gaststätten und Etablissements, die diesen Tendenzen dienen, sogen. Schlemmerlokale, Singsalben, Tanzplätze usw. sind in erster Linie geeignet, ihre Räumlichkeiten und Küchenrichtungen der Fürsorge für die notleidende Bevölkerung in der Gestalt von Volkstischen, Volksspielplätzen, Wärmehallen und Uebernachtungsräumen zur Verfügung zu stellen.

Deutsches Reich

Die Polizei im besetzten Offenburg. Wie das Offenburger „Tagblatt“ erzählt, ist in Verhandlungen mit dem Kommando des 2. Armee-Korps erreicht worden, daß Offenburg wieder eine Polizeistadt erhält.

Abbau an der tschechisch-österreichischen Grenze. Das Bundespolizeiamt in München hat Anordnungen erlassen, daß der Grenzschutz an der tschechisch-österreichischen Grenze abgebaut wird.

Berlin, 15. Nov. (Von uns, Berliner Büro.) In den gestrigen Abendstunden wurde erneut eine ausgedehnte Jagd auf wilde Desinfektionsmittel am Kurfürstendamm und Umgebung vorgenommen.

Vitus Thavons Abenteuer

Roman von Ernst Klein.

„Ich bin ja, wie ich bin,“ sprach sie. „Wer weiß, wenn ich Sie nicht in dem Zuge kennen gelernt hätte, würde ich es als großartigen Spott angesehen haben, Sie auch noch zu dem Professor dazu zu sagen.“

An unsere Leser!

Der Bezugspreis unserer Zeitung für die Woche vom 15. bis einschl. 21. November in Höhe von 600 Milliarden Mark ist fest, wenn er bis Samstag, den 17. November, in unseren Händen ist.

Wir bitten unsere Bezahler, den Bezugspreis der Trägerin beim ersten Vorzeigen der Zeitung in bar auszuhandigen. Schecks können wegen der damit verbundenen Verzögerung und Geldentwertung nicht in Zahlung genommen werden.

Der Verlag.

Mannheimer Hilfswerk

Unterstützung durch den Mannheimer Großhandel

In der Versammlung der Bezirksgruppe Baden des Zentralverbandes des deutschen Großhandels, über die wir in Nr. 524 berichteten, wurde von dem Vorsitzenden der Bezirksgruppe, Herrn E. Weil, bei der Begründung der Ersuchen um Unterstützung durch den Mannheimer Hilfswerk in warmherziger Weise hingewiesen.

Ich kann Sie deshalb nicht dringend genug bitten und es den Mitgliedern unserer Vereinigung ans Herz legen, diese Sache, die ich als eine der wichtigsten unserer Tage betrachte — denn es handelt sich um die Erhaltung von Menschenleben und der Ordnung in Staat und Gemeinde — so kräftig zu unterstützen, wie sie es verdient und wie es einem jeden bei gutem Willen möglich ist.

Dieser warmherzige Appell an die Vertreter des Mannheimer Großhandels wird von der gesamten Bürgerschaft mit großer Genugtuung begrüßt und von dem herzlichsten Wunsch begleitet worden, daß ihm ein recht großer Erfolg beschieden sein möge.

Sammlung des „Mannheimer General-Anzeigers“

Table with 2 columns: Name and Amount. Total: 3 135 818 941 T.

Städtische Nachrichten

Verpflichtung zur Annahme von Papiermark durch den Einzelhandel

Die Erfahrungen, die in den letzten Tagen bei Einkäufen gemacht wurden, geben uns Veranlassung, von neuem auf die Veranordnung aufmerksam zu machen, die das Reichskriegsministerium V im Anschluß an die Verordnung der Reichsregierung vom 7. Nov. über die Verpflichtung zur Annahme von Papiermark erlassen hat.

Solange die Papiermark nach Hauptzahlungs-mitteln ist, muß sie unbedingt angenommen werden. Bei Ueberretungen der Verordnung des Reichskriegsministeriums wird vor allen Dingen zu prüfen sein, ob es sich um einen Luxusartikel handelt oder nicht.

Berichtshauptprüfung. Die in diesem Späthjahr abgehaltene Berichtshauptprüfung haben bestanden: Karl Köhler aus Ludwigsfeld, Lorenz Köhler aus Hanhof, Otto Burkhart aus Pfullendorf, Gustav Fuhrmann aus Heilbronn, Karl Gresser aus Weinsbach, Berthold Hofmeister aus Offenburg, Josef Heideberger aus Röhndach, Almi Eppinger, Albert Hörner aus Seckenheim, Eugen Holzhauser aus Neuhausen, Wilhelm Holz aus Konstantz, Ernst Haber aus Heilbronn, Walter Wehler aus Offenburg, Wilhelm Schäfer aus Neuhausen, Hans Seifinger aus Freiburg, Hermann Wagner aus Karlsruhe, Franz Walter aus Offenburg, Albert Wilhelm aus Lahr und Karl Zschmann aus Sulzbach.

Die Gesundheit der deutschen Großstädte hat sich in der Woche vom 14. bis zum 20. Oktober gegen die Normwerte infolge sehr wesentlicher Gebesserung, als die Zahl der Städte mit steigender Sterblichkeit von 25 auf 16 zurückgegangen, die der mit fallender ab von 21 auf 27 erhöhten ist.

Der Mindestfahrpreis auf der Stettenerbahn beträgt von morgen ab bei einem Tarifplafond von 400 Milliarden 80 Milliarden Mark. 5-7 Tarifstellen kosten 100 Milliarden, 8 und mehr Tarifstellen 120 Milliarden.

Dem Bericht über die Einweihung der Melanchthonskirche ist nachzutragen, daß der Organist Rensch sich auch bei dieser Gelegenheit durchaus bewährte und mit viel Geschick und innerer Teilnahme seines Amtes wahrte.

Verein Rechtschutzstelle für Frauen und Mädchen. Bei Gelegenheit der Bekanntgabe, daß nunmehr eine städt. Rechtschutzstelle ins Leben gerufen wurde, war die Meinung geäußert, daß die mit privaten Einrichtungen und Körperbehinderten in hiesiger Stadt unterhaltenen Rechtschutzstellen infolge finanzieller

„Nun, dann wird es eben darauf ankommen, wer schneller und besser spricht.“ — Aber wollen wir diese Eventualität nicht lieber erst dann in unsere gefassten Augen lassen, wenn sie da ist? Ich meine nämlich —

Wieder wollte er die Tür öffnen, wieder hielt sie ihn zurück. „So hören Sie doch, was ich Ihnen noch sagen muß! Vielleicht überlegen Sie es sich dann, hinauszufragen. Sie sind bereit, für Irene zu kämpfen —?“

„Wenn Sie die Sache so ansehen — ja.“ „Sind Sie auch dazu bereit, wenn Sie erfahren, daß — daß Irene einer anderen Mann heft und von diesem wiedergeliebt wird? Stratos ist unser Jugendgenosse und — und — Sie haben sich schon als kleine Kinder geliebt —“

Vitus riß die Augen sperrangeweit auf. — Sie sah ihn immer noch nicht an, sonst hätte sie erkannt sein müssen über die Wirkung, die dieses letzte aller Gesandnisse auf ihn hervorbrachte.

„Ich glaube, Xymatis hat darum gewußt, und es hat ihm deshalb doppelt Freude gemacht, Stratos als seinen Handlanger zu behandeln. Oh, wie oft hat er ihn in Irenes Gegenwart gedemütigt —! Und Stratos mußte lächeln —“ seine alten Eltern — Irene —! Begreifen Sie nun, daß Xymatis den Tod hundertfach verdient hat?“

„Alles begreife ich, alles. Nur das begreife ich nicht, wie ich dazu kam, mir einzubilden, Sie selbst seien mit Stratos —?“

„Ich?“ „Sie lachte.“ „Mein Gott, so dumm kann doch nur ein Mann sein!“

„Oh, er ist noch dümmer! Noch viel, viel dümmer! Er ist so dumm, daß er gar nicht gewußt hat, welche von euch beiden schwarzen Hagen er eigentlich hebl —“

„Irene sah nicht mehr in alle möglichen Ecken, sah gradaus mitten hinein in diese schadenhaften, übermühtigen Augenblicke —“

„Mädel — Mädel, ich hab dich ja so hebl! Mach dich nichts draus, daß ich selber jetzt erst draufkomme — — Wessler spät als gar nicht!“

„Amen! So, Mädel! Und jetzt wollen wir gehen und Herrn Apollodoros Xymatis als Pater familias um meine Hand bitten. Diebstahl müssen wir dieser ehrbaren Witte durch ein paar Respektvolle Nachdruck verteilen — — na, Mädel, dafür sind wir eben auf dem Balken. Romm, Uenal!“

Die rechte Idee zur rechten Zeit

Der Wächter auf der Treppe hatte seinen Nachmittagsgeschlaf beendet. Er redete sich drohend auf, als er Vitus mit Elena heraufsteigen sah.

„Ich soll den Herrn zum Kapitän führen,“ sagte das Mädchen. „Wenn du nicht geschlafen hättest, Vasil, hättest du mich vorher heraufkommen sehen.“

Der Burche bekam einen Tadroschreck. Die schlief nicht, und es wäre vor Elena auf die Erde gefallen.“

„Um des heiligen Andreas willen, Herrin,“ stammelte er. „Gerate mich nicht dem Kapitän. Ich war jetzt gestern früh im Dienst —“

Seine Gewehr lehnte an der Wand. Vitus hatte eine Idee. Solch lähne Menschen wie er haben immer in richtigen Momenten die richtigen Ideen. Während der ahnungslose Vasil Elena mit Klugheit, herzerquickender Weißheit die Gründe für seine Pflichtvergessenheit auseinandersetzte, dachte der Journalist sich hinter seinem Rücken. Ein, zwei scottische Griffe an dem Bericht des Gewehrs — — er richtete sich wieder auf.

Elena, als alle Bandenzerpflin, hatte sofort verstanden, was er wollte. Sie machte dem immer aufgeregter werdenden Kapitän ein strenges Gesicht und zog ihn unmerklich von der Tür weg. Als Vitus ihr zumute, ließ sie sich erweichen.

„Nun gut, ich will es für dieses eine Mal bewenden lassen. Vasil,“ sagte sie gnädig. „Aber es darf so etwas nie wieder vorkommen!“

„Herrin, auf das Kreuz ich würde ich —“ „Schon gut. Nimm wieder deinen Blick ein!“

Sie trat vor Vitus in das Zimmer. Es war ganz dunkel, da die Laternen unten waren. „Gepäck?“ fragte sie. Vitus lachte sein übermühtes Lachen. „Das Gewehr geht so bald nicht los! Bis der gute Vasil das Stück Stratosholz findet, das ich ihm in den Bericht gesteckt habe —“

„Ach, du — du!“ (Fortf. folgt.)

